

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/90

Bonn, den 19. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Markierung unserer Zukunft 70

Von Heinz Kühn,
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

3 - 3a Pfingsttreffen... 60

Notwendige Feststellungen und Fragen

4 - 5 "Programm für Niedersachsen" 80

Schwerpunkte Bildungs-, Struktur- und Wirtschaftspolitik

6 Falange immer unbeliebter 41

Was eine Umfrage unter dem katholischen Klerus enthüllt

Falangisten wollen Streikrecht verweigern

Politikhäftlinge und ihre Amnestie

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Markierung unserer Zukunft

Von Heinz Kühn,
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Die Hauptaufgabe der Politik besteht darin, die Zukunft zu bewältigen. Opportunistische Tagesentscheidungen zu treffen, das heißt tun, was aus der Perspektive des Tages für den Tag nützlich ist, also gewissermaßen von Eisscholle zu Eisscholle zu springen ohne klare Kenntnis vom anderen Ufer zu haben, das ist keine moderne Politik. Ein solches Verhalten ist vielleicht möglich in einer statisch beharrenden, keineswegs aber in einer sich dynamisch wandelnden Gesellschaftsstruktur.

Der Aufgabe, die Zukunft zu bewältigen, kann man sich auf zweierlei Weise nähern:

1. Kann man von einer allgemeinen ideologischen Orientierung oder politischen Grundhaltung aus tägliche Entscheidungen treffen und abwarten, wie das Gesamtergebnis nach einigen Jahren aussieht, und
2. kann man von einer möglichst konkret vorausgesehenen mittelfristigen Zukunfts-Markierung, von ihren voraussehbaren Bedürfnissen und von den gewollten Veränderungen (denn Politik ist ja nicht nur passiv technokratisches Vollziehen, sondern aktiv voluntaristisches Verändern) ausgehend das konkrete Regierungshandeln in seinen einzelnen Schritten auf dieses vorausgesehene mittelfristige Ziel orientieren, seine Einzel-Aufgaben und Einzel-Ziele in Programme ordnen, so daß für alle Beteiligten Richtmarken aufgestellt sind, die ihr Handeln auf gemeinsame Ziele lenken.

Nur dies ist heute noch verantwortbare Politik. So ist das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 Ausdruck dieser Haltung. Landespolitik bietet der eigenen Regierungsentscheidung und der Parlamentsentscheidung nur eine sich zunehmend einengende Gestaltungsfreiheit. Landespolitik ist eingebunden in den wachsenden Zwang zur Gemeinsamkeit der Länder und zur Koordinierung mit dem Bund, beispielsweise bei den Gemeinschaftsaufgaben.

Der Wandel der föderalistischen Kompetenzzuordnung engt die Variationsbreite landespolitischer Entscheidungen ein. Der Staatscharakter der Länder trocknet aus, der Verwaltungscharakter der Länder gewinnt relativ an Gewicht.

Ich sage dies deshalb mit solchem Gewicht, weil niemand von einem Landesprogramm, das auf eine mittelfristige Zukunft orientiert

ist, gesellschaftspolitische Modellvorstellungen erwarten kann, die an ideologischen oder weltanschaulichen Idealen orientiert sind. Der einzige Gesichtspunkt dieser Art, der an das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 als Maßstab angelegt werden kann, ist die Frage, ob das Ziel der Demokratisierung der Gesellschaft im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz und der Entscheidungsmöglichkeit des Landes in der Landesinnenpolitik vorangebracht wird. Das gilt vor allem in der Bildungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit für alle.

Noch in einem anderen Sinne ist Landespolitik eine nüchterne Sache. Während Außenpolitik und die aufs engste mit ihr verbundene Verteidigungspolitik, während die entscheidenden Fakten der Gesellschaftspolitik nicht nur von Bundesregierung und Bundestag entschieden werden, sondern ihrer Natur nach Alternativen zulassen und möglich machen, sind die Entscheidungen der Landesinnenpolitik - und um diese handelt es sich im Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 - nicht nur eingebettet in die sich wandelnden bundesstaatlichen Zwänge, sondern ihrer Natur nach auch weniger zu Alternativ-Gegensätzen als zu Akzent-Differenzierungen geeignet.

Daß aber diese Akzente auf allen Gebieten so auf Fortschritt und Zukunft gesetzt werden, daß unser Land auf dem Wege durch die siebziger Jahre an der Spitze der Länder der Bundesrepublik steht, das ist der Wille dieser Regierung.

Oberstes Ziel der Landespolitik muß sein: Sicherung eines Arbeitsplatzes für jedermann, der ihm und seiner Familie gestattet, ein Leben in Würde und Selbstverantwortung zu führen.

Teilnahme für jedermann an den kulturellen und zivilisatorischen sozialen Möglichkeiten des Wachstums des Wirtschaftsertrages aller.

Entwicklung und Ausbau eines Bildungswesens, das in seiner Demokratisierung und Qualifizierung jedem jungen Menschen die Gleichheit der Chancen und jedem Erwachsenen die Möglichkeit einer individuellen Fortentwicklung bietet, die unserer auf berufliche Mobilität und gesellschaftliche Herausforderung eingestellten Zeit entspricht.

Pfingsttreffen ...

Notwendige Feststellungen und Fragen

sp - Auf dem zur Tradition gewordenen Pfingsttreffen verschiedener Landsmannschaftsverbände ist es zu unerfreulichen Begleiterscheinungen gekommen. Führende Sprecher, vor allem der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CSU-Abgeordnete Dr. B e c h e r , und der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, der aus Schlesien stammende CDU-Abgeordnete Dr. C z a j a , ergiessen sich in heftigen Ausfällen gegen die von Brandt/Scheel geführte Bundesregierung, unterstellten ihr "nationale Unzuverlässigkeit" und sagten der Deutschland- und Ostpolitik den "allerschärfsten Kampf" an. Es fielen noch herbere Worte, offenbar dazu bestimmt, nationalistische Emotionen auszulösen und die so aufgeputschten Geister zu verwirren und in einen Rauschzustand zu versetzen.

Das Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft stand unter dem Motto: "Für ein freies Europa - Frieden durch Partnerschaft" - ein wahrhaft gutes und beherzigungswertes Motto, nur fand es in der Rede, die Dr. Becher vor etwa 30.000 Sudetendeutschen in München hielt - insgesamt waren über 350.000 Menschen gekommen, von denen weit weniger als ein Zehntel sich die Tyraden Dr. Bechers anhörten - keinen Niederschlag. Weder vom europäischen, noch vom partnerschaftlichen Geist war ein Hauch zu spüren.

Ein ernstes Wort ist hier angebracht. Wer so spricht, wo völlig die europäischen Gegebenheiten verkennt, tut sich selbst und den Vertriebenen und Flüchtlingen keinen guten Dienst, er stiftet Schaden. Die von der Regierung Brandt/Scheel verfolgte Ost- und Deutschlandpolitik steht unter dem beharrlichen Bestreben, 25 Jahre nach Kriegsende auch mit unseren östlichen Nachbarn den Brückenschlag zu suchen,

die Gräben des Mißtrauens zu überwinden. Mit unseren westlichen Nachbarn ist dies gelungen. Nun soll ein Beginn mit den östlichen Nachbarn gesetzt werden, um Europas und partnerschaftlicher Verhältnisse willen.

Schutthaufen gibt es wegzuräumen. Dazu gehört ein langer Atem und ehrliche Bereitschaft von allen Seiten. Wer sich der Mitarbeit versagt, sie mißkreditiert, wie es auf dem Pfingsttreffen geschehen ist, oder sie sogar sabotiert, kann weder ein guter demokratischer Deutscher oder schon gar nicht ein guter Europäer sein.

Der vom Dritten Reich entfesselte Zweite Weltkrieg läßt sich eben nicht nachträglich gewinnen. Geht diese Binsenwahrheit manchen führenden Vertriebenenpolitikern nicht ein? Da helfen auch keine Drohungen. Wen will man damit erschrecken und was will man damit erreichen? Die jetzige Bundesregierung hat in der zielbewußten Verfolgung ihrer Ost- und Deutschlandpolitik eine große Mehrheit unseres Volkes hinter sich, dazu zählen auch Vertriebene und Flüchtlinge, die am meisten gebrannten Kinder einer Politik, die zu dem Zustand geführt hat, den wir heute haben und der im Rahmen einer gesicherten europäischen Friedensordnung überwunden werden muß. Diese Politik findet Rückhalt bei unseren westlichen Verbündeten und bei allen, denen die Worte Europa und Partnerschaft etwas bedeuten, nämlich keine Lippenbekenntnisse, sondern praktisches Handeln.

Noch etwas sollten einige Spitzenfunktionäre der Heimatvertriebenenverbände bedenken: Wenn sie schon von Europa und Partnerschaft reden, gehen sie wohl hierbei von der Überlegung aus, daß die Heimatvertriebenen an diesem hoffentlich noch im letzten Drittel unseres Jahrhunderts zu vollbringenden Aufgaben mitwirken werden. Verhalten sie sich jedoch weiter so, wie auf ihren Traditionstreffen, dann schalten sie sich selbst aus. Von einer Mitwirkung am Entstehen eines befriedeten Europas kann dann keine Rede mehr sein. Wollen das diese Funktionäre der Heimatvertriebenenverbände, oder wollen sie nur einen Zustand aufrechterhalten, in dem große Töne geredet werden, aber keine Politik gemacht wird?

"Programm für Niedersachsen"

Schwerpunkte Bildungs-, Struktur- und Wirtschaftspolitik

W.L. - Die Bildungspolitik, die Strukturpolitik und die Wirtschaftspolitik werden die Schwerpunkte des Wahlkampfes der niedersächsischen SPD für die Landtagswahlen am 14. Juni bilden. Das Wahlprogramm der SPD, das der Landesausschuss in Hannover jetzt veröffentlicht hat, soll die politische Leitlinie für die Weiterentwicklung Niedersachsens zu einem leistungs- und konkurrenzfähigen Land der Bundesrepublik sein. Dabei muss immer wieder berücksichtigt werden, dass Niedersachsen wegen seiner geographischen Lage und seiner ungünstigen Struktur mehr Probleme hat, als alle anderen Bundesländer.

Nachdem die CDU durch ihr verantwortloses Ränkespiel und durch gezieltes Abwerben von Abgeordneten die Arbeit von Landtag und Landesregierung in Hannover behindert hat und der Demokratie schweren Schaden zufügte, hat die niedersächsische SPD nun die Grundlage für ein Regierungsprogramm der klaren Aussagen geschaffen, das sie nach einem Vertrauensvotum der Wähler am 14. Juni verwirklichen will. Der wesentliche Schwerpunkt ist naturgemäss die Bildungspolitik, nachdem nach fünfjähriger Herrschaft des CDU-Kultusministers Langeheine hier ein grosser Nachholbedarf in Niedersachsen entstanden ist. Die niedersächsische SPD bezeichnet es in ihrem Wahlprogramm als schulpolitisches Fernziel, das immer noch dreiegegliedertes Schulsystem durch die differenzierte und integrierte Gesamtschule abzulösen. Ein umfassendes, systematisches und langfristig geplantes Schulprogramm, das der CDU-Kultusminister bisher nicht vorlegte, ist nur Vorbereitung notwendig. Gleichzeitig sollen zur Bewältigung des aktiven Lehrermangels künftig langfristige Strukturverbesserungen mit kurzfristigen Übergangsmassnahmen kombiniert werden. Die SPD in Niedersachsen hat dafür ein Gesetz angekündigt, das eine einheitliche und praxisnahe Lehrerausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage vorsieht. Die Konsequenz daraus ist eine besondere Besoldungsordnung für Lehrer.

Auf dem Gebiet der Hochschulbildung bezeichnet die niedersächsische SPD die differenzierte Gesamthochschule als ihr hochschulpolitisches Ziel. Sie kündigte ein Gesamthochschulgesetz an, das die Arbeitsweise der Hochschulen demokratischer und effektiver gestalten soll. Als erste Massnahme ist die Verschmelzung von Abteilungen der Pädagogischen Hochschulen Niedersachsens mit den Universitäten vorgesehen. Darüber hinaus sollen die bestehenden Hochschulen erweitert und neue Hochschulen gegründet werden. Der Name des niedersächsischen SPD-Landesausschussvorsitzenden und designierten Kultusministers, Prof. Peter von Oertzen, ist ein Garant für diese moderne Politik.

Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Strukturpolitik fordert die SPD die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen in zukunftssicheren Wirtschaftszweigen mit wachstumsorientierten

Betrieben in Entwicklungsschwerpunkten, Ansatzpunkte für eine weitere Industrialisierung des noch immer agrarisch strukturierten Niedersachsens befinden sich vor allem an der Küste mit den Schwerpunkten Stade, Wilhelmshaven und Emden sowie im Zonengrenzgebiet, dessen einseitige Monostruktur dringend einer Auflockerung durch wachstumsorientierte Branchen bedarf.

Um die Ansiedlung sicherer Betriebe zu fördern, muss das Strassennetz des Landes weiter ausgebaut werden. Verkehrsengpässe in Städten und Gemeinden müssen verschwinden. Ein umfassendes Verkehrssystem, das Strassen- und Schienenfahrzeuge einbezieht, soll die Strassen entlasten, die Leistungen verbessern und die Kosten senken.

Als Ziel ihrer für Niedersachsen immer noch eminent wichtigen Agrarpolitik bezeichnet es die SPD, dass die niedersächsische Landwirtschaft sich zu einem Wirtschaftszweig entwickelt, der einen angemessenen Beitrag zum Wachstum leistet und den Landwirten ein leistungsgerechtes Einkommen garantiert. Die zunehmende Integration der Landwirtschaft in die übrige Wirtschaft erfordert die weitere Verbesserung der Agrarstruktur. Die niedersächsischen Sozialdemokraten wollen dafür sorgen, dass zu kleine Betriebe aufgestockt werden, die technische Rationalisierung und der Bau eines leistungsfähigen Netzes von Wirtschaftswegen durchgeführt werden und Investitionshilfen für die weitere Verbesserung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewährt werden, weil nur durch eine offensive Marktstrategie die Produktion in Qualität und Menge den Anforderungen des Marktes und den Wünschen der Verbraucher angepasst werden kann.

Die niedersächsische SPD hat sich mit ihrem "Programm für Niedersachsen" eine tragfähige Basis für ihre Regierungspolitik geschaffen. Befreit vom Ballast eines CDU-Koalitionspartners will sie ihre fortschrittliche Politik in Niedersachsen fortsetzen. Die Probleme der Nachkriegszeit hat die SPD gelöst. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist sie die führende politische Kraft in Niedersachsen. Sie steht jetzt vor der grossen Aufgabe, den zweiten Abschnitt der Entwicklung Niedersachsens zu einem leistungsfähigen Land im Rahmen der Bundesrepublik zu bewältigen.

+ + +

Falange immer unbeliebter

Was eine Umfrage unter dem katholischen Klerus enthüllt

Falangisten wollen Streikrecht verweigern

Polithäftlinge und ihre Amnestie

Von unseren RD-1-Korrespondenten in Madrid

Die spanische Einheitsbewegung Falange ist unbeliebt. Schwarz auf weiß hat es die offizielle katholische Wochenzeitung "Vida Nueva" aufgrund einer repräsentativen Meinungsumfrage unter 7.000 Geistlichen aus 22 der 54 spanischen Diözesen: Nur vier Prozent der katholischen Pfarrer halten es mit der Falange, 26 Prozent bevorzugen die Sozialdemokratie, 12 Prozent die spontanen regimefeindlichen Arbeitergruppen Spaniens, 19 Prozent die Monarchie - die traditionalistischen Konservativen, so fand die angesehene Zeitung "La Vanguardia Espanola", seien unter Spaniens Klerus stark rückläufig. Außerdem trete dieser für die Trennung von Kirche und Staat mehrheitlich ein.

Das regierungsnahе Blatt "Nuevo Diario" anerkannte auch die starken ideologischen Vorbehalte der EWG-Demokratien gegenüber der sogenannten "organischen Demokratie" in Spanien und trat für eine Angleichung der spanischen Verfassungswirklichkeit an die Verhältnisse in den EWG-Ländern ein.

Die Gewerkschaftsfreiheit bleibt in Spanien ein vorrangiges Anliegen. So berichtet "Amnesty International", sie wolle den 1965 zu "elf Jahren Gefängnis verurteilten" spanischen Häftling José Soriano-Basquero befreien, der in Soria einsitzt und dessen Strafe 1967 auf zehn Jahre ermäßigt wurde. Er sei 1964 bei "gewerkschaftlichen Umtrieben" gefaßt worden und aktiver Kämpfer für die Gewerkschaftsfreiheit gewesen. "Amnesty International" teilt mit: "Wir haben bisher noch keinen Kontakt mit Soriano selbst, Postkarten an seine Gefängnisadresse blieben ohne Erfolg. Wir wissen seit kurzem die Adresse seiner Frau in Valencia. Diese Organisation zur Linderung des Loses politischer Überzeugungstäter fürchtet, dem Häftling durch Briefe "möglicherweise mehr zu schaden als zu nützen".

Soriano ist ein Einzelfall - aber es gibt deren viele: 1058 politische Häftlinge räumt das Madrider Justizministerium ein. Es sind Häftlinge, die gegen den Stachel der Falange löckten. Ihre Inhaftierung erscheint insofern ein Anachronismus, als breite Bevölkerungskreise und Teile der Regierung selbst die Doktrinen der Falange in Frage stellen und diese Phase der spanischen Zeitgeschichte schnellstmöglich überwinden wollen. In Saragossa hat die Bevölkerung spontan Unterschriften zugunsten der Freilassung politischer Häftlinge gesammelt, 900 Intellektuelle wurden in gleicher Weise bei der Regierung vorstellig. Das Unbehagen über die Falange wächst. Am 29. Oktober wurde sie aus den Spitzenpositionen der Regierung verbannt, doch sie ist noch mächtig im Staatsapparat. Es scheint aber, daß die Stunde ihres Abtretens von der politischen Bühne doch bald schlagen wird.